Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Raben & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 138 | Dresden, Freitag den 18. Juni 1920 | 31. Jahrg.

Endgültige Absage

Eine Lösung der Kabinettskrise ist noch immer nicht erfolgt und es ist auch im Augenblick nicht abzusehen, auf welchem Wege die Lösung erfolgen soll. Von der Ablehnung der Reichskanzlerschaft durch Herrn Dr. Mayer ist bereits gestern berichtet worden. Dr. Mayer soll insbesondere deshalb abgelehnt haben, weil er von seiner Fraktion keine Ermächtigung hatte, einen derartigen Auftrag anzunehmen. Trimborn ist nun erneut an Fehrenbach herangetreten, der sich jetzt zur Uebernahme des Kanzlerpostens bereiterklärt hat. Fehrenbach ist von dem Reichspräsidenten Ebert mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden. Gestern vormittag hat Trimborn noch einmal mit der Deutschen Volkspartei verhandelt. Die Deutsche Volkspartei hat sich im Prinzip dazu bereit erklärt, zusammen mit den Demokraten und dem Zentrum eine Koalition der Mitte zu bilden. Nach einer Erklärung, die Heinze und Stresemann an Dr. Trimborn abgaben, würde die Partei dabei von den Voraussetzungen ausgehen, daß an den Grundsätzen der Partei durch den Eintritt in die Regierung nichts geändert wird, daß die Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands die „sachliche Leitung der Geschäfte" auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und des Wirtschaftslebens ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zugehörigkeit und Parteistellung erfordere, und daß alle Beamtenstellen in Zukunft nach Fähigkeit ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zu besetzen seien.

Hinter dem Verlangen nach einer sogenannten „sachlichen Leitung des Wirtschaftsministeriums" dürfte sich das Bestreben der Herren von der Deutschen Volkspartei verbergen, einen Vertreter ausgesprochener Unternehmerinteressen an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums zu bringen. Wie etwa unsre Wirtschaftspolitik geleitet wird, das hängt nun einmal nicht nur davon ab, ob der leitende Mann viel weiß und viel kann, sondern davon, was er will. Die Herren von der Deutschen Volkspartei würden einen Wirtschaftsminister, der dem Unternehmertum nicht genehme Ziele verfolge, um so energischer bekämpfen, je tüchtiger der Mann und desto gefährlicher er deshalb wäre. Ebenso wird kaum jemals irgendeine Regierung bei Besetzung aller Beamtenstellen jede Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit beiseite lassen. Die frühere Regierung hat das bekanntlich auch nicht getan, sie hat Sozialdemokraten von allen Beamtenposten ausgeschlossen und Angehörige der linksstehenden bürgerlichen Parteien sind auch nur höchstens ausnahmsweise in höhere Stellen aufgestiegen, und wenn heute eine Rechtsregierung ans Ruder käme, so würden Sozialdemokraten von allen leitenden Stellen verschwinden. Es wäre einer solchen Regierung daraus nicht einmal ein Vorwurf zu machen, aber man sollte doch wirklich alle Heuchelei beiseite lassen.

In einer Fraktionssitzung der Demokratischen Partei, die gestern nachmittag stattfand, war man der Meinung, daß die Deutschen Volksparteiler die demokratischen Grundsätze nicht respektieren würden. Es war daher wenig Stimmung für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei vorhanden und es wurde der Wunsch nach einem neuen Versuch zur Heranziehung der Sozialdemokratie laut, mit deren Hilfe die alte Koalition wieder hergestellt werden sollte. Fehrenbach hat sich auch bemüht, die Sozialdemokratie für eine Regierung zu gewinnen. Er machte dabei geltend, die Sozialdemokratie hätte den Versailler Frieden abgeschlossen und jetzt, wo es gelte, in Spa die Konsequenzen aus dem Friedensschluß zu ziehen, würde die Sozialdemokratie das Zentrum im Stich lassen. Die sozialdemokratische Fraktion hat aber noch einmal endgültig erklärt, daß sie sich an der Regierungsbildung nicht beteiligen werde. Einem aus der Demokratischen Partei, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei bestehenden Kabinett würde sie angesichts der Verhandlungen in Spa keine Schwierigkeiten bereiten; sie würde zwar kein ausdrückliches Vertrauensvotum erteilen, aber auch nicht für ein Mißtrauensvotum stimmen. Die sozialdemokratischen Minister würden zurücktreten, dagegen sollten die sozialdemokratischen Staatssekretäre nur insofern ausscheiden, als es sich um parlamentarische Staatssekretäre handle. Alle andren würden als Beamte angesehen und daher zunächst nicht zur Aufgabe ihrer Stellung veranlaßt werden. Es ist nun anzunehmen, daß Fehrenbach von neuem versuchen wird, ein Kabinett mit Vertretern der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und des Zentrums zu bilden.

•

Unabhängiger Phrasendrusch

Die Unabhängigen scheinen jetzt gemerkt zu haben, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft es nicht versteht, daß sie sich so dagegen sträuben, positiv mitzuarbeiten. Um das Verhalten der Partei zu rechtfertigen, veröffentlicht die Freiheit eine Erklärung, in der es heißt:

> In Deutschland ist eine Koalitionsregierung, eine Regierung auf die Dauer unmöglich, die sich aus Vertretern der kapitalistischen Klassen und aus Vertretern der Arbeiterklasse zusammensetzt. Die bürgerlichen Parteien dulden nur solche Sozialisten in der Regierung, die ihre sozialrevolutionäre Ueberzeugung abgeschworen und sich zum reinen Reformsozialismus bekannt haben. Auch die Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit den Rechtssozialisten ist für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nicht gegeben, solange die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik der Arbeitsgemeinschaft der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauen, solange die politischen Führer an der formalen Demokratie und an der Koalitionspolitik festhalten. Erst eine klare und unzweideutige Abwendung der Rechtssozialisten von ihrer schwächlichen und unfruchtbaren Reformpolitik und ein Bekenntnis zum Programm des revolutionären Sozialismus könnte unsre Partei veranlassen, dem Gedanken einer Koalition mit der rechtssozialdemokratischen Partei näherzutreten.

Durch diese Erklärung werden die U.-S.-P.-Leute diejenigen, die über ihr Verhalten die Köpfe schütteln, kaum zufriedener machen können. Sie enthält weiter nichts wie die üblichen allgemeinen Phrasen, die wir schon oft genug gehört haben. Aber was eigentlich die U. S. P. will und welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um ihre sozialistischen Ziele recht bald zu verwirklichen, ist aus dieser Erklärung nicht zu ersehen. Es wird hier der echten und wahren sozialrevolutionären Ueberzeugung der sogenannte Reformsozialismus gegenübergestellt, aber man erfährt nicht, wie sich denn diese sozialrevolutionäre Ueberzeugung eigentlich äußern soll. Die ganze Haltung der U.-S.-P.-Leute hätte allenfalls einen Sinn, wenn die Unabhängigen selbst glaubten, mit einem Schlage die kapitalistische in eine sozialistische Gesellschaft verwandeln zu können, aber auch von sehr weit linksstehenden Wortführern der U. S. P. ist zugegeben worden, daß die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft nur allmählich erfolgen könne. Daraus also ergibt sich, daß auch, wenn die Leute von der U. S. P. die Macht allein in der Hand hätten, sie den Weg der „Reformen" beschreiten müßten, daß sie versuchen müßten, im Laufe einer längeren Zeit eine sozialistische Maßregel nach der andern durchzuführen.

Solange Sozialisten mit bürgerlichen Parteien zusammen arbeiten müssen, ist gewiß eine vollkommene Verwirklichung unsrer sozialistischen Ziele ausgeschlossen. Aber es ist durchaus möglich, einzelne sozialistische Maßnahmen durchzuführen, zumal heute doch auch weite Kreise außerhalb der eigentlichen sozialistischen Partei mehr Verständnis als früher für die Notwendigkeit einer planmäßigen Gestaltung unsers Wirtschaftslebens haben. Je größer der Einfluß der sozialistischen Parteien auf die Regierung ist, um so mehr kann Vorarbeit für die Zeit geleistet werden, wo einmal die sozialistischen Parteien allein die Macht in den Händen haben. Auf diese Weise kann der Weg zum Sozialismus verkürzt werden. Die Herren von der U. S. P. mögen sich sehr sozialrevolutionär vorkommen, aber jedem Denkenden zeigt ihre Haltung, daß die Unabhängigen sich durch ihr Phrasengeplärr ihre Köpfe ganz jämmerlich verkleistert haben. Es kann freilich auch sein, daß die Herrschaften deshalb solche Angst vor positiver Arbeit haben, weil sie zu ihren eigenen Fähigkeiten zu wenig Vertrauen haben und fürchten, daß sie sich blamieren, wenn sie wirklich etwas leisten sollen.

Der polnische Adler

Marienwerder, 18. Juni. Dr. von Hortum, der Geschäftsführer der Zentrale für Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im westpreußischen Abstimmungsgebiet, ist in der Nacht zum 17. Juni in Neustadt im polnischen Korridor aus dem Schlafwagen heraus verhaftet worden. Irgendwelche Gründe für diesen unerhörten Uebergriff der polnischen Behörden sind nicht bekannt. Deutlich ist aber zu erkennen, daß die Polen mit der Verhaftung Dr. von Hortums die Abwicklung der deutschen Vorbereitungen zur Wahl erschweren wollen.

Wie gewaltsam und rücksichtslos die Polen in bezug auf Polonisierung aller geschluckten deutschen Gebiete vorgehen — das haben selbst die größten Schwarzseher nicht erwartet. Bezeichnend ist der Ausspruch eines polnischen Führers: „100 Jahre haben die Deutschen zu germanisieren versucht und es ist ihnen nicht gelungen. Wir Polen werden nur fünf Jahre polonisieren und werden glänzende Erfolge haben." Ueber die „Erfolge", die man sich polnischerseits verspricht, läßt sich streiten. Vorläufig richten die Polen ihr allergrößtes Augenmerk darauf, möglichst viele Deutsche aus den ehemaligen Provinzen Westpreußen und Posen herauszubringen oder herauszuekeln. Sie wollen zunächst der Entente beweisen, daß die deutsche Statistik nicht stimme, wonach in den preußischen Anteilen ursprünglich mehr als doppelt so viel Deutsche, wie Polen gewohnt haben.

Wie die Polen sonst dem bedrängten Deutschtum zuleibe gehen, ergibt sich aus vielen Beispielen:

104 Jahre haben seinerzeit die Preußen verstreichen lassen, ehe sie die deutsche Sprache als Verkehrssprache einführten. Im Jahre 1772 war die erste Teilung Polens, und erst am 28. August 1876 ist in Posen das Deutsche zur Amtssprache erhoben worden. Noch in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts trugen z. B. die elektrischen Straßenbahnwagen der Stadt Posen deutsche und polnische Aufschriften. Die Polen — haben jetzt die polnische Sprache vom ersten Tage an als Amtssprache eingeführt.

Zwei junge Mädchen aus Lissa haben drei Tage nach der Besetzung in Posen ein Telegramm aus Breslau erhalten: „Mutter schwer krank, sofort kommen." Sie fuhren umgehend nach Posen, um sich einen Paß zu besorgen. Auf ihre höfliche deutsche Anfrage antwortete der betreffende Beamte auf polnisch. Die Damen wiederholten ihren Wunsch zum zweiten Male mit dem gleichen Erfolg. Fast verzweifelt brachten sie ihre Bitte zum dritten Male vor, und zwar unter Hinweis auf ihre schwerkranke Mutter, worauf sie der Beamte in fließendem Deutsch anfuhr: „In Polen wird polnisch gesprochen." „Aber verzeihen Sie, mein Herr, wir sind doch erst seit drei Tagen polnisch, wir können doch nicht so schnell polnisch lernen." „Das ist egal, Sie hätten sich früher darum kümmern müssen. Gehen Sie zu, wo Sie Ihr Recht bekommen."

Solche Beispiele gibt es unzählige. Sie alle beweisen, daß die Polen, die, wie zugegeben werden soll, oft mit Recht über Unterdrückung geklagt haben, nun, da die Macht in ihren Händen ruht, sie noch weit rücksichtsloser gebrauchen. Dabei schneiden sie sich mit ihrem Vorgehen gegen alles, was deutsch ist, im Grunde in das eigene Fleisch. Denn zum Aufbau ihres neuen Staates brauchen sie dringend die Mitarbeit aller Bürger, ohne Unterschied der Nationalität, vor allem aber der Deutschen, da den Polen selbst die organisatorischen Kräfte fehlen und so bald aus ihren eigenen Reihen wohl auch nicht erwachsen dürften.

Die Feier in Flensburg

In Flensburg fand anläßlich der Räumung der Stadt durch die Ententebesatzung gestern eine öffentliche Feier statt, an der die Minister Genossen Köster und Severing teilnahmen. Bei der nachmittags von der Stadt den Ministern gegebenen Festtafel sagte der Minister des Innern Severing in einer Ansprache, die Stadt Flensburg habe dem ganzen deutschen Volke eine große Freude bereitet am 14. März und am heutigen Tage. Wir seien arm nicht nur an materiellen Gütern, sondern auch an moralischen. Wenn man aber Zeuge im Mittelpunkte einer so gewaltigen Kundgebung wie hier war, habe man das Gefühl, daß wir die moralischen Güter zurückerobern werden, die in einer langen Geschichte das Volk groß gemacht haben. Er werde sich dafür einsetzen, daß die Summen, die Flensburg für den wirtschaftlichen Aufbau zugesichert seien, bald zur Ausschüttung kommen. Schleswig-Holstein soll die Einrichtungen treffen können, die es für erforderlich halte und die der Eigenart der Provinz am besten Rechnung trügen. Die gesetzgeberischen Vorschläge seien bereits an die Volksvertretung gelangt. Der Minister schloß mit einem Hoch auf die deutsche Treue. Heute nachmittag erfolgte im Beisein der Minister und zahlreicher Geladener auf der Marinestation Mürwick die feierliche Hissung der deutschen Flagge.

Die Dorpater Konferenz

In Dorpat haben, wie aus Helsingfors gemeldet wird, zwischen Sowjetrußland und Finnland Verhandlungen über die Grenzen der beiden Länder stattgefunden. Da aber die russischen Vertreter an ihrem Standpunkt festhielten, führten die Verhandlungen der Kommission für territoriale Fragen zu keinem Ergebnis. Die finnischen Bevollmächtigten haben auch die von den Russen vorgelegten Bedingungen für den Abschluß eines Waffenstillstandes nicht angenommen.

•

Die estländische Verfassung

Riga, 18. Juni. Die estländische konstituierende Versammlung hat die estländische Verfassung angenommen. Die Volksvertretung heißt danach Reichskonferenz, der Staatsminister führt den Titel Staatsältester.

Heimkehr aus Japan

Hamburg, 17. Juni. Der japanische Kriegstransportdampfer Captain Maru trifft am 18. Juni in Brunsbüttel ein. An Bord befinden sich 8 Offiziere, 674 Mann, 38 Zivilpersonen, 45 Frauen, 45 Kinder, 176 Oesterreicher, 39 Ungarn, 30 Türken und ein Bulgare.

Giolitti und Frankreich

Rom, 18. Juni. Die Blätter drucken eine Unterredung Giolittis mit einem Vertreter von Havas ab. Giolitti betont die Freundschaft Italiens zu Frankreich und erinnert daran, wie er am 1. August 1914, als er gerade in Paris weilte, den italienischen Botschafter veranlaßt habe, nach Rom zu drahten, Italien müsse sofort seine Neutralität erklären. Dies sei natürlich nicht in der Absicht geschehen, Frankreich zu schaden. Ferner dementiert Giolitti entschieden, daß er im Jahre 1913 den Dreibundvertrag durch eine Marinellauseln habe ergänzen wollen. Er habe allerdings den Vertrag im Interesse Italiens abändern wollen, aber die damaligen Verbündeten hätten das abgelehnt.

Neueste Telegramme

Eine Niederlage der Engländer

Konstantinopel, 18. Juni. Eine an Zahl überlegene nationalistische Streitmacht hat gestern eine schwache Abteilung englischer Truppen an der Ismaid-Front umzingelt. Der englische Befehlshaber verhandelte mit den Nationalisten, die ihm freien Abzug gewährten. Die Vorhut kam unbehelligt durch, aber auf die Hauptabteilung eröffneten die Nationalisten verräterischerweise das Feuer: verwundeten 30 Mann und nahmen den englischen Nachrichtenoffizier gefangen. Hilfe ist sofort abgesandt worden.

London, 17. Juni. (Unterhaus.) Balfour warnte in seiner Rede über den Völkerbund davor, den Völkerbund mit Arbeiten zu überlasten. Wenn ihm zuviel Arbeiten aufgebürdet würden, werde er zusammenbrechen. Asquith bemerkte, der Völkerbund hätte in der polnischen Frage eingreifen müssen. Der Oberste Rat sollte abgeschafft werden, damit der Völkerbund eine Realität werde. Ferner stellte Asquith Fragen über die Mandate für Mesopotamien und Palästina. Balfour verteidigte das Verhalten des Völkerbundes in der polnischen Frage. Die Mandatsfrage sei von der Friedenskonferenz nicht dem Völkerbunde, sondern den alliierten Mächten zugewiesen worden. Der Oberste Rat müsse beibehalten werden, bis er die ihm zugewiesenen Aufgaben erledigt habe.

Englisch-irische Eisenbahnkonferenz

London, 18. Juni. Die Konferenz der englischen und irischen Eisenbahner in Bristol verurteilte die Missetaten in Irland. Die Konferenz richtete einen Appell an das irische Volk selbst, verbrecherische Handlungen zu verhindern, und einen solchen an die Regierung, keine Herausforderungen durch Sendung von Munition zu begehen. Die Konferenz beschloß endlich, daß eine Abordnung Lloyd George Vorschläge zwecks Herbeiführung einer dauernden Vereinbarung unterbreiten soll. Lloyd George wird die Deputation morgen empfangen.

In Dublin sind große Truppenabteilungen aus England eingetroffen, die über die Unruhebezirke verteilt werden.

Lebensmittelmarken für Tirolreisende

Berlin, 18. Juni. (Amtliche Mitteilung.) Reichsdeutsche, die in Tirol einreisen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie dort Brot, Zeit und Fleischwaren nur gegen Eingabe der reichsdeutschen Brotmarken, Fleisch- und Fettkarten erhalten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200618/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG